

Halbesche Zeitung

Halle'sche Neueste Nachrichten • Handelsblatt für Mittelddeutschland

Die „Halbesche Zeitung“ erscheint an jedem Werktag nachmittags. Der monatliche Bezugspreis durch Debit beträgt 2.00 Reichsmark, durch Postzusendung ohne Belegkarte 1.80 Reichsmark, durch die Post 2.10 Reichsmark, zu 26 Pfennige zu je 10 Nummern. Einmalige Anzeigen: 1.00 Reichsmark. Die Anzeigen werden nach Rubrik-Zellen berechnet; die Zeile 10 Reichsmark.

Sür Anzeigen, die im gleichen Wortlaut in der „Mitteldeutschen Zeitung“ erscheinen, besondere Ermäßigung. Derzeitige Preis: 1.00 Reichsmark. Die Anzeigen werden nach Rubrik-Zellen berechnet; die Zeile 10 Reichsmark.

Neues in Kürze.

Drachmelbinnen und Radtelekammern.
Montag nachmittag fand beim Reichsanwalt eine Besprechung statt, an der auch mit Ausnahme des in Königsberg weilenden Außenministers sämtliche Staatsminister und Staatssekretäre teilnahmen. Nach dieser Besprechung wurde über die bevorstehende längere Zeit beim Kanzler. Den Berliner Besprechungen haben die Besprechungen im Kaiserpalast Anschluss gegeben, die ein neuer Kurs der Reichsregierung bespreche, in jeder in den Grundlinien bereits festgelegt ist. (?)

Innenpolitisch ist heute der Vorschlag der sozialdemokratischen Fraktion zur Erweiterung der Kreise Letow und Niederbrunn zu werden, in denen die Wiederbildung der Großen Koalition mit der Deutschen Volkspartei abgeteilt und die Erweiterung der Regierungsbeteiligung im Reich durch ein sozialistisches Kabinett gefördert wird.

Die Steigerung der Lebensmittelpreise am Wochenende brachte wieder eine allgemeine Erhöhung von generell sechs Prozent. Lediglich einige Fleischsorten zeigten Rückgänge im Preise. Die Preisprüfung des Kanzlers mit den Gewerkschaften ist nunmehr auf kommenden Sonntag festgelegt worden.

Auf Grund der Verordnung über Handelsbeschränkungen hat der Reichsanwalt Beschwerde gegen den Minister und kaufmännischen Leiter einer der größten Berliner Fischmärkte, die gewisse Fleischsorten 40 bis 60 Pfennig über den Tagespreis verkauft hatte, die Handelsunterlegung auszusprechen.

Am gestrigen Tage wurden zwei Säckerarten und drei Schichtarten in Berlin plötzlich wegen Preisverweigerung verhaftet. Unter den verhafteten Geschäften befindet sich dem „Lokalzeitung“ zufolge eine Großschlachterei.

Wegen der Schulbuchmaßnahmen der gegenwärtigen Schermer Regierung hat das Gewerkschaftsamt Schermer auf Anregung der kommunikativen Landtagsfraktion beschlossen, durch Volksabstimmung die Auflösung des jetzigen Landtags zu fordern.

Die Deutschösterreichischen, Nationalsozialisten und die Wirtschaftlichen der Reichsregierung haben zum Kultusrat einen gemeinsamen Antrag eingebracht, auf das Ministerium dahin einzuwirken, dass jeder Studierende der Geschichte und der deutschen Sprache bei der Prüfung ausreichende Kenntnisse in der deutschen Vorgesichte nachzuweisen hat. Ferner soll deutsche Vorgesichte für alle Schulen als Unterrichtsmittel eingeführt und die Vorgesichte für deutsche Vorgesichte an den preussischen Universitäten vermehrt und nach Breslau, Bonn, Kiel und Göttingen Professoren für deutsche Vorgesichte berufen werden.

Am 8. und 9. November findet in Köln der diesjährige Bundeskongress des Reichsbundes der höheren Beamten statt, der mit rund 10000 Teilnehmern statt. Die Beamten der Reichsregierung, der Länder und der Gemeinden umfasst. Auf dem Programm stehen u. a. Vorträge über die Besoldungsfragen und über wirtschaftliche Fortbildung.

Der Allerhöchste, der im katholischen Rheinland besonders stark gefördert wurde, hatte große Meinungsverschiedenheiten im Rheinland gelebt, die dort die Gräber ihrer Angehörigen besuchen wollten. Die französische Kriminalpolizei übte deshalb eine starke Überwachung der Grenzstellen aus und hat zahlreiche Personen festgehalten, die keine oder ungenügende Ausweispapiere bei sich hatten.

Wie aus dem besetzten Gebiet heute gemeldet wird, zeigt der Großteil der französischen Vorkriegsunternehmen durch Zerstörung an, dass die deutschen Betriebe am 1. Januar geschlossen werden.

Auf dem Pariser Friedhof St. Dangeur-Montagne fand gestern mittag vor den deutschen Kriegsgewandenen eine Gedenkfeier statt, an der außer dem deutschen Botschafter die Mitglieder und Beamten des Reichswehrministeriums, die Beamten der deutschen Dienststellen in Paris, Vertreter der deutschen Presse und deutsche Franzosen teilnahmen.

Die Londoner „Daily Mail“ meldet, dass man sich von den Spaniern zum dritten Male geeinigt hat. Die Verbindung wurde eingeleitet, was auf wichtige Frontvorgänge schließen lässt.

Die römische „Agenzia Stefani“ berichtet, dass nach Unterzeichnung des deutsch-italienischen Handelsvertrages die italienische Regierung neue Handelsverträge mit Spanien, Litauen und Griechenland vorbereite.

Sieg der Sozialisten in England.

Englische Gemeinderatswahlen.

London, 3. November.
Bei den Gemeinderatswahlen in 300 Städten und Gemeindeflecken von England und Wales sind nach den bisherigen Ergebnissen, wie „Morning Post“ berichtet, folgende Gewinne und Verluste der verschiedenen Parteien zu verzeichnen:
Sozialdemokraten: Gewinne 25, Verluste keine.
Nationalreformern: Gewinne 4, Verluste 2.
Fortschrittler: Gewinne 6, Verluste 6.
In sämtlichen Bezirken haben die Konservativen 26 Siege gewonnen und 49 verloren; die Sozialdemokraten: 73 Siege gewonnen und 25 verloren. Die Liberalen 13 Siege gewonnen und 33 verloren.

Eine große Anzahl von Ergebnissen wird erst im Laufe des heutigen Tages bekanntgegeben.

Die Wahlergebnisse sind auch für uns Deutsche von allergrößter Bedeutung: Die englischen Konservativen — die heute noch die Regierung führen und deren Herrschaft durch den großen Gemeindeflecken der Sozialisten (Labour Party) auch im Parlament stark erschüttert ist — sind:

- 1. Anhänger der Militärpolitik (Moskoffrage, Chinfrage, Ausbau der Flottenbasis in Singapur, Verklärung der Flotte und Luftflotte, Abschaffung).
- 2. Anhänger der Politik der Verhinderung mit Frankreich um jeden Preis und Gegner feiner, gleichberechtigter Entschädigung Deutschlands (die auch durch die Locarnoverträge nicht gewährleistet ist).
- 3. Anhänger der Schutzpolitik, durch die insbesondere auch die deutsche Wirtschaftsentwicklung (trotz des beiderseitigen Handelsvertrages) niedergehalten wird bei gleichzeitiger Aufrechterhaltung der deutschen Reparationslasten.

Ein Wechsel in der englischen Regierung und Bildung einer neuen sozialistischen Regierung würde dagegen für uns bedeuten:

- 1. Aussichts auf wirkliche Friedenspolitik durch Förderung der allgemeinen Erziehung.
- 2. Außenpolitische Gleichberechtigung Deutschlands infolge Abkehr von der Militärpolitik Frankreichs.
- 3. Aussichts auf Beilegung der Dameschleifen und auf internationale Regelung der Schuldfrage. Aussichts auf weitestgehende Befreiung der englischen Schutzpolitik und damit auf größere Freiheit des deutsch-englischen Handels.

Insoweit die englischen Sozialisten im Falle einer Regierungsbildung ihre für Deutschland günstigeres Programm wirklich durchführen werden, bliebe allerdings abzuwarten. Aber besser als mit der konservativen Regierung können wir zu England auf jeden Fall.

Für die Frage der Locarnoverträge ist wichtig, daß bis heute die englischen Sozialisten sich noch nicht endgültig für Locarno ausgesprochen haben. Obwohl der stark anfängliche Widerstand nachließ. Ihr Hauptbedenken richtet sich gegen die Verpflichtung zu einer evtl. militärischen Intervention im Falle eines Krieges zwischen Frankreich und Deutschland. (Das England uns im Falle eines Krieges mit Polen und der Tschechoslowakei Militärhilfe leisten würde, muß als ausschlaggebend gelten). Die Abweisung gegen die Militärintervention, die den Wert des ganzen Sicherheitspaketes für uns illusorisch machte, da die eigenwilligen Politik Molotows nahezu wertlos ist — erklärt sich aus der grundsätzlichen antimilitaristischen Einstellung der englischen Sozialisten.

Sobald man, daß nicht nur in England, sondern auch in Frankreich ein starker Aufwind nach links unzerkennbar ist, lo ergibt sich für uns mit Notwendigkeit die Frage, ob wir nicht heute schon weitestgehende günstiger Bedingungen als in den Locarnoverträgen herauslösen könnten, um wichtige Sicherheiten zu erhalten.

Dr. H. Elze.

Die Sozialisten gegen Painlevé.

Die „Völker Nachrichten“ telegraphieren aus Paris: Die republikanische Union, der Hauptflügel des linken Blocks, hat gestern Abend beschlossen, Painlevé grundsätzlich ihre Stimme zu verweigern. Von dem Beschluß des Nationalrates der sozialistischen Partei hängt der Bestand der neuen Regierung ab.

Paris, 3. November. Der Nationalrat der sozialistischen Partei legte mit 1431 gegen 1228 Stimmen ab, dem neuen Kabinett Painlevé das Vertrauen auszusprechen.

Die Regierungserklärung Painlevés.

Paris, 3. November. Nach einer Savasemeldung wird in der Regierungserklärung, welcher der Ministerstag Montag Abend zustimmte, das Finanzproblem die erste Stelle einnehmen. Die Regierung werde sich bemühen, das Gleichgewicht des Budgets zu sichern durch Amortisierung der öffentlichen Schuld, welche eine bestimmte Anzahl von Jahren hindurch jeder Art von Vermögen Opfer auferlegen werde.

Sie wird ferner die Verhandlungen über die Regelung der Schulden an Amerika und England erwähnen, die im Geiste der Willigkeit und der Verschönerlichkeit fortgesetzt werden sollen.

Schließlich wird die Regierungserklärung die Zustimmung zu der Gesetzesvorlage betreffend die Sozialversicherung und die Verminderung der Militärrenten auf neun Jahre fordern.

Sie wird daran erinnern, daß Frankreich für den Weltfrieden nicht verantwortlich ist (1) und es einzig allein von Abd el Krim abhängt, ihn zu beenden. Die Lage habe sich soweit gebessert, daß wenigstens ein Teil der Truppen nach Frankreich zurückberufen werden könnte. Die Regierung werde das Werk der internationalen Ermächtigung, welches die Konferenz von Locarno sehr glücklich gefördert habe, fortsetzen.

Ueber das finanzielle und innenpolitische Reformprogramm: Kapitalfrage oder nicht, scheint demnach die Regierungserklärung nichts oder nur unbestimmte Angaben zu enthalten. Daraus dürfte sich die ablehnende Haltung der Sozialisten erklären, die unbedingt eine Kapitalfrage verlangen.

Die Opposition der Sozialisten macht das Verschleiden des Kabinetts Painlevé außerordentlich zweifelhaft.

Die italienischen Schulden an Amerika.

Anfang der italienischen Schuldentommission, Coolidge's Finanzpolitik.
Die italienische Kommission zur Konfliktlösung der Kriegsschulden Italiens ist unter Führung des Finanzministers Grafen Bolpi in Washington angekommen. Der Vizepräsident der Londoner „Morning Post“ meldet, daß die drei Vertreter der italienischen Schuldentommission:

Nachrichten aus ihrer guten Quelle bringen, daß Coolidge den amerikanischen Kredit immer härter dazu benutzte, um die Schanden gegenüber Frankreich, Italien und anderen Schuldnerstaaten Amerikas auszuheilen. Er habe die Bankiers verhöhnt, daß er Darlehen nicht nur von den Bankiers, sondern auch an Gemeinden und Privatunternehmungen ausbeute, die ihren Verpflichtungen gegenüber Amerika nicht genügen, mößigte.

Zum Durchtransport türkischer Truppen durch syrisches Gebiet.

„Londoner Evening Standard“ berichtet, weist man in französischen diplomatischen Kreisen darauf hin, daß der Durchtransport türkischer Truppen durch syrisches Gebiet, dem englische Zeitungen gemeldet haben, auf Grund früherer mit der Regierung von Ankara getroffener Abkommen vorgenommen worden sei. Es sei dies bereits mehrfach geschehen. Der eigentliche Schienenweg, der für den Transport türkischer Truppen nach Mesopotamien in Frage komme, gehe nämlich zum Teil durch französisches Mandatsgebiet.

Londoner Meldungen aus arabischer Quelle belagen, daß in Palästina anjählichen Traber zum Durchtransport der Truppen in Damaskus in den letzten Jahren und unter dem Vorwand des Krieges allmählich über das ganze Gebiet zwischen Homs und Damaskus ausbreitet.

Der „Manchester Guardian“ meldet aus Jerusalem: Die Regierung von Palästina hat eine Protestation gegen Frankreich verboten. Trotzdem soll ein Sympathiebrief durchgehen.

Die Londoner „Times“ melden aus Jerusalem: Die Franzosen haben sich Damaskus von neuem bemächtigt. Die Stadt wird wieder besetzt sein.

Der Vertreter der Londoner „Times“ in Tanger berichtet, die Nachrichten aus Damaskus hätten großen Eindruck auf die Eingeborenen gemacht und werde von den Rix- und Dschakalenteuren zweifellos zur Propaganda benutzt werden.

Wie Caillaux fiel.

Ein Bild hinter die Kulisen des französischen Parlamentarismus.

(Von unserem Pariser Korrespondenten.)

Die inkompetente Herrschaft Caillaux' im französischen Finanzministerium und sein gewalttätiger Abgang ist in der Nähe der Reichsversammlung ein parlamentarischer Fall von außergewöhnlicher Spannung und außerordentlichen Wertungen, die allerdings im Publikum nicht bekannt sind. Nichts desto weniger sind sie sehr charakteristisch für die gegenwärtigen Verhältnisse als auch für das parlamentarische Kämpfpiel überhaupt. Hier seine Einzelheiten.

Der Fall Caillaux' war im Grunde bereits im Juli beschlossene Sache, als die notwendige Abstimmung am 1. Juli in der französischen Kammer stattfand, in der plötzlich das Ministerkabinett gesprengt war und 3. 2. dem Kabinett Caillaux die Vertrauensfrage gestellt wurde, woraufhin Caillaux die Vertrauensfrage als Leiter der Regierung auftrat.

Die ganze politische Lage schien geändert. Die drei innerpolitischen Wahlen des letzten Jahres hatten alle eine Mehrheit hinter Caillaux im Hande gelegt. Da bildete sich, ohne umstritten, in der Kammer ein „Majorität“ für eine Vorkriegsregierung. Ein Paradox. Was war geschehen? Nichts Geringeres, als daß Caillaux verlor hatte, den Vorkriegs zu verurteilen. Es war ausdrücklich im Ministerkabinett beschlossen worden, über die von Caillaux' Kabinett vorgebrachten Finanzprojekte nicht die Vertrauensfrage zu stellen. Caillaux' tat es jedoch gegen die Verabredung, was die tatsächliche Abmilderung eines Teiles der Einkommensteuer bei der Abstimmung zur Folge hatte.

Nach am Abend desselben Tages gingen wichtige Veränderungen vor sich. Der Vorsitzende des Finanzkomitees der Kammer, ein Sozialist, demissionierte und drei Mitglieder des Kabinetts drohten mit dem Austritt, wenn Caillaux nicht während der Parlamentsperiode sich entschließen nach links orientierte.

Inzwischen begann der Kampf gegen Caillaux hinter der Kulissen. Caillaux' aber machte gar keine Anstrengungen, um den Keulen der extremen Linken zu gefallen. Im Gegenteil entwiderte er, seiner autoritativen Natur entsprechend, eine Kritik und Sarkasmus, die ihm die noch verbleibenden Sympathien gründlich verletzten. Anzüglich sind die Andeutungen, die über diesen Punkt erzählt werden. Einige mögen nach, andere falsch sein, aber der Kern der Sache bleibt bestehen.

Caillaux, ehemaliger Chef der Regierung selber, konnte sich nicht auf einen jeglichen Finanzreform beschränken, er wollte die Kammer, die er selbst war, dem Innenminister vor, daß er durch seine Haltung die Kommunisten ermutige, dem Minister de Monzie, seinem erbittertesten Gegner im Kabinett, daß er durch seine Sympathien für Russland noch Del ins Feuer giesse und meinte, daß einige seiner Kollegen durch die Politik, die er selbst betrieb, die Rechte gefährdeten.

So kam der radikalsozialistische Parteitag von Nizza heran, auf dem Caillaux eine letzte Chance geboten werden sollte, er benutzte sie nicht, und damit war sein Fall endgültig entschieden. Caillaux wurde gespart, die zwischen Caillaux und Painlevé nicht möglich. Allen Andeutungen eines freiwilligen Austritts gegenüber zeigte er sich laub, und er schied in der Tat die Frage völlig verurteilt zu haben. Denn als er in seiner Rede ein „Entscheidend“ sagte, nicht mehr als grundsätzlicher Gegner einer Vermögensabgabe bekannte, wollte das Kabinett überhaupt nicht mehr die Finanzfrage allein prüfen, sondern nun handelte es sich um die gesamte politische Lage überhaupt.

Wie Caillaux als Politiker war eine Unschicklichkeit sehr unwohlgefallen in der Kammer. Das Kabinett aber hatte sich bereits wieder und sehr ausdrücklich nach links orientiert, während Caillaux schon beinahe als ein Mann der Rechten angesehen wurde. Und nun begann in den letzten Tagen der Krise ein beispielloses persönlicher Kampf, der noch durch das Eingreifen der Banken, von dem gleich die Rede sein wird, dramatischer gemacht wurde. Caillaux war fest entschlossen, nicht allein zurückzutreten und bei seiner Demission das ganze Kabinett mit hineinzuziehen.

Als das geschah, erregte sich nach ein feindlicher Zwischenfall. Er hatte das Demissionskommunique nicht unterzeichnet. Was sollte geschehen, wenn seine Unterfertigung fehlte. Reichlich war er der alleinige Minister, und tatsächlich unterzeichnete er trotz dem allerersten Augenblick, als schon die Demission der Regierung offiziell bekannt geworden war. Er soll sich das Sonnet über seine Kollegen geleistet haben: Diese Herren leisten sich den Luxus, sich mit Politik zu beschäftigen.

Er selber hat bereits mit Entwürfen über Vermögensabgaben gebohrt, und hier treten nun die Bankiers in Erscheinung. Es wird behauptet, und Caillaux hat sich zum Strecker dieses Geschäftes gemacht, daß eine Bankgruppe ganz offen für neue Inflation und für die Vermögensabgabe ist. Durch Einführung der Vermögensabgabe, lo deutet die Spekulation, würden die kleinen Landwirte und Hausbesitzer infolge Kapitalmangel gezwungen werden, Anleihen bei den Banken zur Zahlung der Raten zu suchen.

Dadurch würde eine ganz ausgesprochene Gelegenheit für Spekulationen gegeben sein, die schließlich zur Verarmung des Volkes selber führen würde.

Der Kampf um die Schule.

müssen, da die Eigentümer doch nicht die Zinsen und das vorzügliche Kapital zur Verfügung stellen. Dazu noch zu einem Spottpreis, um nur billiges Geld für Befriedigung der Ansprüche des Staates zu haben. Ein großer Fehler aber ist die nötige Summe an Bargeld, um die Spekulation ganz großen Stilles zu machen. Das Mittel, es zu bekommen, ist die Anwesenheit der Notenpresse, eine neue Inflation.

Früher dieser Gruppe, der Direktor der Banque de Paris, Finanz- und Reichsminister Geog. Caillaux, der durch sein Einfließen im Finanzministerium bezaubert wurde, nachdem ihm der Finanzminister des Kabinetts Bericht über die Übertragung der Verwaltung der Regierung eines solchen eingeräumt hatte. Caillaux nahm seiner Partei die Leitung weg und überließ sie einer anderen. Nämlich soll es nun gehen sein, der in der Presse einen großen Erfolg auf anderen Gebieten nach dem Finanzmann, nämlich, um den zu erwarrenden Erfolg Caillaux in Washington und bei der merkwürdigen Anteilnahme in Genägen zu den aus der höchsten gelegenen Erwartungen der Masse zu bringen. Und damit seinen Erfolg zu sichern.

Damit ist aber noch nicht der letzte Akt dieses politischen Stilles abgelaufen. Caillaux hat bereits erklärt, im Senat bei der Beratung der Finanzpolitik seine eigenen Vorschläge zu verteidigen, und bei dieser Gelegenheit werden wahrscheinlich sehr interessante Einträge eingebracht werden. Caillaux selbst hat, seinem Temperament gemäß, unbedeutende taktische Fehler gemacht. Er hat vielleicht keine Stellung dazu, wie eine große Menge von Deuten vor den Kopf geschrien. Seine politische Zukunft erscheint am Rost gelblich. A. Ribot.

Der Preussische Landtag hat gestern die Beratung der Vorlage für das Staatsministerium und den Ministerpräsidenten erledigt und die Beratung des Haushalts des Ministeriums für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung in Angriff genommen. Der gesamte Stoff, der im Hauptsaal der Reichshausung am 17. November, 1923, in den Anträgen und Entschliessungen gefaßt hat, soll in vier allgemeinen Besprechungen behandelt werden. Die erste umfaßt die Thematik: Ministerium, allgemeine Verwaltung, Lehrerbildung, und Volkshochschulen, Volkshochschulwesen, evangelische und katholische Kirche. Dabei soll auch die Angelegenheit des Professor Dr. Kelling an der Technischen Hochschule in Hannover behandelt werden.

Abg. König, Einmündigkeit (Sag.): Es sei dem Kultusministerium zu fordern, daß es dem vierten Stande, den breitesten Schichten der Volksmasse den Zugang zu allen Bildungsmöglichkeiten vermittelte. Der Schicksale Reichshausungsleiter sei ein Zeugnis für die Bildungseinstellung der Nation. Auch dem künftigen Lehrer wolle man nicht die Verantwortung für die Schulbildung aufbürden.

Abg. O. C. A. (Nat.): Die Schule müsse von christlichem Geiste durchdrungen sein und habe dem Willen der Mehrheit der Erziehungsberechtigten Rechnung zu tragen. Aber das unter sozialistischem Einfluß stehende Ministerium gehe über den beschränkten Einfluß der Eltern auf die Erziehung der Kinder einfach hinweg. Unverständlich sei dabei die Haltung des Jenseits.

Um der Wahrheit willen müsse in der Schule über die Frage der Kriegsschuld noch mehr Aufklärung gebracht werden. Die Ursachen für die Politisierung der Schule gingen auf die Revolution und auf ihre Folgen zurück, wie A. R. die Wahlberechtigung mit 20 Jahren. Die politische

Einklangung sei heute eine Kleinigkeit. Eingehend bespricht sich der Redner mit der Frage der Grundschule, in der dringend zu wünschen ist, daß für die vergangenen drei Jahre als genügend erachtet werden. Das Universitätsstudium für die Volkshochschüler lehne die deutsche nationale Praxialität als unannehmbar ab. Die Lehrerbildung müsse aber nach konfessionellen Grundrissen gehalten werden. Jelebender Förderung bediene auch die musikalische Ausbildung. Die Personalpolitik des Ministeriums fordere die Kritik stark heraus.

Der Zentrumsredner Dr. L. A. u. d. r., dessen Darlegungen der Kommunisten Kritik als die Einseitigkeit und Vorbereitung einer Konfessionspolitik charakterisiert, erklärt, daß er zwar mit dem Reichshausungsleiter unimpfbar, aber die Parteipolitik des Zentrums ausdrücklich ablehne. Er mahne ausdrücklich den Anspruch des Zentrums an die konfessionelle höhere Schulpflicht an.

Abg. Schwarzhaus (Dsp.) wendet sich eingehend der Personalpolitik des Ministeriums zu, bei der über die Schulverwaltung abweichend das Schernergicht darauf lege. Die Punkte seien zu prüfen.

Bezüglich der paritätischen Behandlung seien ebenfalls Klagen vorzubringen. Es scheint, daß man von oben her den Evangelischen die Türen glaubt, was man den Katholiken gegenüber nicht mag. Gerade die Jugendbildung sollte die Parteien über konfessionellen Trennungswandlungen schlagen. Der Reichshausungsleiter in seiner gegenwärtigen Form

bedeute die Weisungsbefugnis der Schule herab, es wäre erwünscht, wenn dieser Entwurf zurückgezogen würde. Am 17. Juli verlag das Haus die Weiterberatung auf Dienstag 11 Uhr.

Die deutsche Abrüstung, befriedigend.

Der Neutestireter in Köln meldet: Die Fortschrittler in der deutschen Abrüstung dauern in einer Weise an, die die internationalen Militärkonventionen befriedigt. Die Abrüstungsschritte der Reichsregierung sind im Vergleich mit den Abrüstungsschritten Frankreichs (Frankreich) am 18. November, Hamburg und Breslau (Großbritannien) 1. Dezember, Generalmajor Lampho, der Chef der britischen Abteilung der Kontrollkommission ist nach Paris gefahren, um dem Völkerbundstab über den Fortschritt der Abrüstungsbemühungen Bericht zu erstatten. Die Weisung, wie verfahren, mit geringerer Schnelligkeit ausgeführt, um zu der Erwartung zu berechtigen, daß sie zum vorgezeichneten Datum, dem 20. Dezember, beendet sein wird.

Passkrafen im besetzten Gebiet.

Die Warnungen vor dem Betreten besetzter Gebiete ohne entsprechenden Ausweis werden immer noch nicht genügend befolgt. Kürzlich wurden in Mainz 24 Personen wegen Passvergehens bestraft. Seit dem 1. Oktober sind die Passkrafen, wonach neuerdings 34 Personen ohne vorläufigen Passkrafen von der französischen Militärpolizei gefaßt zu verurteilt worden. Sie wurden fast durchweg mit Geldstrafen bis zu 20 M. verurteilt. Weiter hat das französische Militärpolizeibüro in Landau 24 Personen wegen Passvergehens bis zu 50 M. Geldstrafe verurteilt. Da jede Passverletzung einen für das besetzte Gebiet geltenden Passverstoß darstellt, ist es für die Reisenden ein Verstoß, sich Unachtsamlichkeiten zu erlauben.

Aus Hollandland-Indien wird gemeldet, daß eine von einem holländischen Offizier geführte Patrouille von Eingeborenen überfallen wurde. Zwei eingeborene Soldaten wurden getötet, mehrere andere schwer verletzt, auch der Offizier wurde verwundet. Ein Regierungsdampfer mit Truppen ist zu Strafmaßnahmen ausgeliefert.

Zum Kampf gegen die Kriegsschuldfrage in den Schulen.

Bei der zweiten Beratung des Kultushaushalts für das Rechnungsjahr 1923 im Preussischen Landtage wurde von dem Deutschnationalen Kulturprophet ein Entschuldigungsantrag eingebracht, daß das Staatsministerium erlaube, zu veranlassen, daß in allen Schulen entsprechend den neuesten Feststellungen der Kampf gegen die Kriegsschuldfrage mit Nachdruck aufgenommen werde und unter Zugrundelegung einer kuren Zusammenfassung der wichtigsten Bestimmungen einer Erklärung über den Frieden von Versailles und die Damesegelschritte stattfinden.

In einem weiteren Antrag erlaube dieselbe Partei, den Verkehr von politischen und schulpolitischen Schriften in den Schulen und durch die Lehrer zu unterbinden.

Man wird diesen Anträgen nur zustimmen können. Wenn unsere Regierung es vor den fremden Völkern nicht glauben veranlassen zu können, die Kriegsschuldfrage wirklich energisch zur Erörterung zu bringen, dann sollen sie wenigstens die Schuld, die sie damit gegenüber dem deutschen Volk begeben, nicht dadurch ausmachen, daß sie der deutschen Jugend den Glauben an die Ehrenhaftigkeit ihrer Väter wiedergeben, damit sie denken die deutsche Ehre wiederherstellen.

Kutischer-Barmat.

Nachdem der Unterhändler, Landgerichtsrat Dr. Schneider, die Voruntersuchung gegen den Generaldirektor Ivan Kutischer im Sommer d. J. geschlossen hatte, wurde vom preussischen Justizminister an Stelle der bisher mit der Sache befaßten gewesenen Staatsanwälte der Staatsanwalt-

schaftsrat Dr. Polzin beauftragt, mit tunlichster Beschleunigung die Anklageschrift auszuarbeiten. Obwohl die Zustimmungsverhandlung des Staatsanwalts als Hilfsarbeiter zur Seite gestellt hatte, erforderte die Durcharbeitung des auf 20 f. r. k. A. l. t. e. n. b. n. d. e. angewandten Materials doch eine herartige Arbeit, daß die vier Staatsanwälte erst jetzt die Anklage im wesentlichen abgeschlossen haben.

Als feststellend dürfte gelten, daß Ivan Kutischer wegen Betrugs zum Schaden der Preussischen Staatsbank in Höhe von etwa 14 Millionen Mark angefaßt werden wird.

Aufgabe des Umfangs der Sache und der möglicherweise durch die Verteidigung noch zu erwartenden weiteren Beweisanträge dürfte mit einem Hauptverhandlungstermin vor Mitte Januar nächsten Jahres nicht zu rechnen sein.

Kutischer bewohnt jetzt eine große Wohnung am Kurfürstendamm, die ihm die Bettliche Gelandchaft überlassen hat, und soll sich bereits wieder kaufmännisch betätigen.

Auch die Verhandlung gegen Holzmann und den Regierungsrat Barriels, in der Kutischer als Hauptbelastungszeuge fungiert, mußte bisher immer wieder hinausgeschoben werden, da sowohl die Angeklagten dieses Prozesses wie auch Kutischer auf Grund ärztlicher Atteste zurzeit nicht verhandlungsfähig sind. Da auch der Gesundheitszustand der Brüder Barmat ein außerordentlich unangünstiger sein soll, dürfte es noch gar nicht feststehen, wann diese Finanzmandanten, die bis jetzt so großen

Staub aufgewirbelt haben und an deren richtiger Klärung alle Volksteile das gleiche Interesse haben, ihren gerichtlichen Abschluß finden werden.

— Diese vielen Krankheiten beweisen zum mindesten das eine: daß bei uns in Deutschland recht ungeliebte Zustände herrschen!

Die Politik der Kommunisten.

Ausführung des Reichstages und Landtages. — Zusammenarbeit mit der SPD. in den Provinziallandtagen und in Berlin.

Die Kommunistische Parteikonferenz, die als Ergebnis der neuen gemäßigten Richtung im Inneren ist, nahm eine Resolution über die politische Lage und die Aufgaben der Partei an, in der die Forderung einer strikten Einbindung der deutschen Arbeiterbewegung mit der außerpolitischen Einbindung für ein unabhängiges sozialistisches Deutschland im besten Einverständnis mit der Sozialdemokratie gefordert wird.

Zur gegenwärtigen politischen Lage fordert die Parteikonferenz die sofortige Auflösung des Reichstages, den Sturz der Regierung Luther und den Kampf gegen den Kriegspakt von Locarno.

Zur Leuerungsfrage fordert der Kongreß die sofortige Befreiung der Lebensmittel- und Antriebsstoffe, Zwangsmaßnahmen gegen die Verteuerung durch den Großhandel, Befreiung der Gewerbetreibenden und der übrigen Schichten des Kleinhandels usw.

Bezüglich der Lage in Preußen soll durch völlige Unabhängigkeit der Kommunistischen Landtagsorganisation von der SPD, und von der demokratischen Einbindung im Reich ein kritischer aber abweichend von dem Verhalten der jetzigen Regierung hergestellt werden. Die sofortige Auflösung des Preussischen Landtages wird gefordert.

Für die Berliner Stadtverordnetenversammlung wird gefordert, die kommunalpolitisch-sozialistische Mehrheit zur Verhinderung einer abweichend von dem Verhalten der SPD, mit Zentrum, Demokraten und Deutscher Volkspartei auszuwerten.

Für die Preussischen Provinziallandtagsversammlungen soll eine Einbindung mit der Sozialdemokratie angestrebt werden, wo es aus taktischen und lokalpolitischen Gesichtspunkten möglich ist.

Angenommen wurde auch ein Antrag, der sich für das Ausschließen des Stimmens aus der Parteizentrale einsetzt. Die Abstimmungen gegen immer eine gleiche Minderheit von 20 Stimmen. Eine Neubesetzung der Zentrale soll erst durch den nächsten Parteitag im Frühjahr 1926 erfolgen, jedoch wurde beschlossen, daß zur Sicherung des neuen Kurles einige der bisherigen Mitglieder als stimmberechtigtes Mitglied der Zentrale in des Komitee aufgenommen werden sollen.

Nach zuverlässigen Informationen zeigt der vorläufige Abschluß der Reichsheimat für die Arbeiter keine wesentliche Veränderung an. Der Wiedereingang erfolgt gegenüber dem Voranschlag den gleichen Rückgang wie im September.



PIXAVON-HAARPFLEGE
auf wissenschaftlicher Grundlage,
die große Wehheit, die Sie haben
Haut erweisen können.

Große Flasche M. 2.50
reicht Monate!

Altgriechisches in Ostasien.

In der schwedischen Orient-Gesellschaft zu Stockholm sprach Professor Voevod von Wladiwostok über die griechische Kultur in Ostasien. Die griechische Kultur in Ostasien ist die Frucht der griechischen Kultur, die durch die griechische Kultur in Ostasien verbreitet wurde. Die griechische Kultur in Ostasien ist die Frucht der griechischen Kultur, die durch die griechische Kultur in Ostasien verbreitet wurde.

bedarf meistens fremd waren, daß diese die fremden Völker in ein einheitliches Ganzes zu bringen, die die gesamte buddhistische griechische Kultur auf hellenistischen Vorbildern ruht, daß doch der griechische Genius diesen jenen Stempel derart aufgedrückt, daß sie wie eigene Schöpfungen aussehnen.

Diejenigen, die die Wissenschaftler der Entzweiung nicht kennt, mußte daher China als das Land erscheinen, das sich ohne fremde Einflüsse aus sich selbst entwickelte. In Wirklichkeit verdammt jedoch China seine höchste Zivilisation dem hellenistischen Einflüssen.

Der Sternenhimmel im November.

Die jetzt frisch herbeiziehende Dunkelheit erlaubt ein ausgiebiges Beobachten des geträumten Abendhimmels. Zunächst fällt uns am Südwesthorizont die Venus auf, die nach 2 bis 3 Stunden nach der Sonne über dem Horizont zu sehen ist. Die Venus ist die größte helle Sonne am 28. November. Dann fällt uns Jupiter ins Auge, der Mitte des Monats bis etwa 8 Uhr abends am Himmel steht. Der Mars geht 2 Stunden vor der Sonne auf, während der Saturn sich am Abendhimmel zeigt. Am Firmament nehmen im Westen die Sommersternbilder Perseus, Ophiuchus und Aeneas von uns Abschied. Im Südwesten stehen die vier mit der hellen Venus, der Adler, der Delphin und der Schiffe, welche dem Schwanzstern des Kreuzes des Schwans, nämlich Jophus. Tief im Süden finden wir den Steinbock und den Wallfänger, darüber den Pegasus und oimwärts angeordnet das ihm gleichnamige Sternbild der Andromeda. Der bekannte Spindelstern ist als auffallende Marke im Sternbild mit freiem Auge zu sehen. Polaris von der Andromeda fest die Kassiopeja, südlich von Andromeda finden wir den Widder, die Fische und den Waifisch.

Folgen wir dem Lauf der Milchstraße von Kassiopeja nach Westen, so stoßen wir auf einen nebligen Flecken, den schon ein Operngucker in zwei prächtige Sternhaufen auflöst. Weiter der Milchstraße folgend, finden wir Perseus mit dem veränderlichen Stern Algol, südlich vom Perseus stehen die Plejaden und das Sternbild mit dem tiefen Plejaden Nebelstern, früher schon als Plejaden

lich die Ämplitude im westlichen Winterhemisphäre, der Orion, über den Dichtort der Plejaden des Vulkans liegt der Wagen über dem Nordhorizont. Die Hellglühender der Tage nimmt von 11 Stunden 40 Minuten am 1. November, auf 10 1/2 Stunden am 30. November ab.

35 Milliarden Sterne.

Nachdem die moderne Astronomie in den letzten Jahren mit Hilfe verbesserter Lichtmessverfahren festgelegt hat, daß die Größen der Sterne in den bisher erschienenen Sternkatalogen vielfach falsch angegeben waren, haben die amerikanischen Astronomen H. S. Geras und E. S. von Rißler die Größen der Sterne und ihre Gesamtheit neu bestimmt. Nach ihnen enthält dasjenige Drittel des Himmelsgebietes, in dem die Milchstraße liegt, 35 Prozent aller Sterne.

Während die Sternendanzung in der Milchstraße ist, zeigen folgende Zahlen: in jedem Quadratgrad des Himmels sind im ganzen in 4000 Quadratgrad eingeteilten Himmelsgebietes befinden sich im Zentrum der Milchstraße durchschnittlich 8 Sterne, weiter 90 Quadratgrad sind 39 Sterne, weiter 90 Quadratgrad sind 39 Sterne, in jedem Quadratgrad an den Endpunkten der Milchstraße dagegen nur noch durchschnittlich 2 Sterne, weiter 80 Quadratgrad sind 1170 zwanzigster Größe.

Die Gesamtzahl der Sterne des Himmelsgebietes bis zur zwanzigsten Größe beträgt rund 900 Millionen. Da die Leuchtkraft eines Sternes zwanzigster Größe kaum einhundertmillionstel derjenigen des Sirius beträgt, so können selbst mit den vollkommensten astronomischen Apparaten keine Bilder von Sternen mehr aufgenommen werden, die die zwanzigste Größe nicht erreichen.

Die Zahl der übrigen mit dem Teleskop nicht wahrnehmbaren und in ihrer Leuchtkraft unter die zwanzigste Größe fallenden Sterne läßt sich nur nach einer Annahme feststellen. Nach der Annahme amerikanischer Astronomen muß es im ganzen 35 Milliarden Sterne geben, d. h. 10 Mal mehr als man bisher annahm.

Der französische Astronom, der einem Pariser Institut die Ergebnisse der beiden amerikanischen Forscher mitteilt, sagt dazu, daß die Zahl der Sterne

so bedeutend ist, wenn man bedenkt, daß allein ein Sternendoppelst 20 Milliarden Mal mehr Atome enthält als das Weltall Sterne.

Der St. Hubertus-Tag.

Auf den 3. November fällt der Gedenktag des Schutzpatrons der Jäger, der Tag des heiligen Hubertus. Die dem Gedenktag liegt eine Legende zugrunde, die in unserer Literatur schon vielfach zu poetischer Gestaltung Anlaß gegeben hat. Nach einer Legende überlieferte der heilige Hubertus als Graf Verbrand von Chauxemes am Hofe des Frankenkönigs Theodorich III. und Hilms von Aquitanien, wo er als mitreißender Jäger besonders dem Weidwerk huldigte. Einst, so geht die Sage, ging er an einem Feiertag auf die Jagd. Während er sich dem leibhaftigsten Jäger ein weißer Hirsch mit einem goldenen Kreuz auf dem Geweih.

Der Anblick des wunderbaren Tieres und seines heiligen Schmuckes brachte Hubertus zur inneren Entzweiung und Umkehr. Er soll sich schließlich zum Papst Sergius I. begeben haben, der den bußfertigen Jäger zum Bischof ernannte. Der heilige Hubertus wurde Bischof von Amiens und lebte bis zu seinem Tode im Jahre 687. Der heilige Hubertus wird als Schutzpatron der Jäger verehrt, die dem heiligen Hubertus einen goldenen Hirsch mit einem goldenen Kreuz auf dem Geweih.